

Auszug aus der Niederschrift

Gremium	Kreistag
Datum	28.09.2010

Tagesordnungspunkt 11

(Drucksache 145/10)

Aktionsplan „Inklusives Gemeinwesen“

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 09.09.2010

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass es zu diesem Tagesordnungspunkt einen gemeinsamen Antrag der SPD- und der FDP-Fraktion gebe, der allen Kreistagmitgliedern vorläge.

Sodann erläutert Frau Wentzek für die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN den Antrag vom 09.09.2010. Insbesondere gehe es bei diesem Antrag um einen Paradigmenwechsel von der Integration hin zur Inklusion. Die Herangehens- und die Sichtweise im Umgang mit Menschen mit Beeinträchtigungen müsse dahingehend geändert werden, dass eine Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben möglich sei. Dies solle im Rahmen eines langfristig angelegten Planungsprozesses unter Beteiligung der Betroffenen geschehen. Der Prozess umfasse einen Zeitraum von 10 Jahren mit einer jährlichen Berichterstattung über den Stand der Umsetzung.

Herr Ganzke betont, dass sich aus der Diskussion sowohl in der SPD-Fraktion als auch in der gestrigen Sitzung des Kreisausschusses gezeigt habe, dass dieses Thema übergreifend als wichtig und umzusetzen angesehen werde. Allerdings gebe es Unterschiede in der Art der gewünschten Umsetzung. In der Sitzung des Kreisausschusses sei vereinbart worden, bis heute nach einem gemeinsamen Weg zu suchen. Da dies nicht gelungen sei, hätten die FDP- und die SPD-Fraktion den vorliegenden Antrag gestellt. Aufgrund der Wichtigkeit des Themas solle vor einer Beschlussfassung durch den Kreistag eine Beratung in allen Fachausschüssen erfolgen. Aus den Ergebnissen der Beratungen solle dann der Aktionsplan entwickelt werden. Alleine darin unterschieden sich die beiden vorliegenden Anträge.

Lt. Herrn Hüppe wolle die CDU-Fraktion einen Aktionsplan mit festen Zielen und Terminen unter der Beteiligung von Menschen mit Behinderungen. Da Konsens zu diesem Thema gesehen werde, schlage er für

die weitere Vorgehensweise vor, den Antrag der SPD- und FDP-Fraktion zu modifizieren und zu ergänzen. Den Änderungsvorschlag legt er kurz mündlich dar und übergibt eine handschriftliche Ausfertigung.

Frau Wentzek führt dazu aus, dass sie den Antrag ihrer Fraktion als den konkreteren und weitergehenden sehe, der den Antrag der SPD- und FDP-Fraktion bereits enthalte. Daher könne aufgrund des breiten Konsenses zu diesem Thema ihr Antrag zur Beschlussfassung gestellt werden.

Herr Senkel verweist auf die in der gestrigen Sitzung des Kreisausschusses sichtbare gemeinsame Intention zur Behandlung des Themas sowie auf den bestehenden Dissens über den Weg der Umsetzung. Der Landrat habe gestern deutlich gemacht, dass aufgrund fehlender Ressourcen der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in dieser Form kaum umzusetzen sei. Seine Fraktion begrüße daher den ergänzenden Vorschlag der CDU-Fraktion.

Es handele sich hier um eine neue und wichtige Querschnittsaufgabe, so Herr Dr. Laarmann. Er sehe das Thema aber noch nicht ausreichend in der Politik und der Verwaltung verankert, um jetzt schon die im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgesehene Festlegung vorzunehmen. Dafür sei eine umfassende Beratung notwendig. Daher unterstütze seine Gruppe den Antrag der SPD- und FDP-Fraktion mit der vorgeschlagenen Ergänzung der CDU-Fraktion.

Herr Sell erklärt, dass die Linksfraktion den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorbehaltlos mittrage. Die hier geführte Diskussion sei für ihn nicht nachvollziehbar.

Herr Landrat Makiolla schlägt eine Unterbrechung der Sitzung vor, damit sich die Vorsitzenden der Fraktionen und Gruppen über die weitere Vorgehensweise beraten können.

Herr Goldman teilt dazu mit, dass im Sinne des Themas und der Betroffenen seine Fraktion dem Antrag der SPD- und FDP-Fraktion mit der vorgeschlagenen Ergänzung der CDU-Fraktion zustimmen werde. Damit verbunden sei die Hoffnung, dass die im Antrag seiner Fraktion aufgeführten Punkte in der Umsetzung Berücksichtigung fänden.

Darauf hin wird über den Antrag der SPD- und FDP-Fraktion mit der vorgeschlagenen Ergänzung der CDU-Fraktion abgestimmt.

Beschluss

1. Der Kreistag des Kreises Unna unterstützt offensiv die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 13.12.2006 und das am 26.03.2008 in Kraft getretene Zusatzprotokoll für Deutschland.
2. Die Verwaltung wird beauftragt zeitnah (Frühjahr 2011) eine Bestandsaufnahme über Planungen und bereits realisierte Maßnahmen vorzulegen.
3. Diese Bestandsaufnahme und der Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 9.9.2010 dient als Arbeitsgrundlage einer Beratung in allen Ausschüssen des Kreistages.
4. Die Verwaltung legt bis zum Sommer einen Aktionsplan „Inklusives Gemeinwesen“ vor, um diesen

spätestens im Herbst 2011 im Kreistag beschließen zu können. Menschen mit Behinderung sind bei der Erstellung sowie der Beschlussfassung des Aktionsplans und seiner Umsetzung zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt